

FDP

Der Krampf geht weiter

Nach seinen Ausfällen gegen den Zentralrat der Juden attackiert Jürgen W. Möllemann nun erstmals verdiente Mitglieder der eigenen Partei – und der zwischenzeitliche Sieger Guido Westerwelle sieht dem Treiben hilflos zu.



FDP-Vorsitzende Möllemann, Westerwelle, Demonstranten in Berlin*: In Bücklingshaltung versucht der Chef seinen Vize zu mäßigen

Jürgen Möllemann gegen den Rest der Welt. Zu den Klängen der Knappenkapelle Kropfmühl („Glück auf, der Steiger kommt!“) war der FDP-Vize am Freitagabend vergangener Woche ins Festzelt im bayerischen Wegscheid einmarschiert. Doch bevor er wie geplant über die Gesundheitspolitik referierte, gönnte er den 200 Zuhörern noch einen höhnischen Seitenhieb auf eine alte Parteifreundin: „Ich grüße Hildegard Hamm-Brücher und wünsche ihr alles Gute.“

Möllemann hatte die Altliberale und den einstigen Bundesinnenminister Gerhart Baum am Tag zuvor attackiert: Diese seien „Querulanten“, die „nichts beitragen zu einer positiven Entwicklung der FDP“. Wenn sie die Partei in Richtung Ruhestand

verlassen wollten – bitte sehr, er wünsche „gute Reise“.

Damit strebt die Affäre Möllemann einem neuen Höhepunkt zu. Nach wochenlangem Streit hatte Möllemann sich am vorigen Donnerstag zu einer Entschuldigung an die Adresse der in Deutschland lebenden Juden durchgerungen. Endlich wurde auch der Wunsch seines Parteivorsitzenden Guido Westerwelle erhört, der Deutsch-Syrer Jamal Karsli möge die FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag verlassen.

Und nun das: Plötzlich richtet sich Möllemanns Aggressivität gegen verdiente Mitglieder der eigenen Partei. Hamm-Brücher, „Grande Dame der FDP“ (Otto Graf

* Am vergangenen Mittwoch vor der FDP-Zentrale.

Lambsdorff) und einst Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin, gilt vor allem im bürgerlichen Lager als Ikone der sozialliberalen Ära. Sie diente Hans-Dietrich Genscher als Staatsministerin im Außenamt und kämpfte bis zuletzt gegen das Bündnis mit der Union, auch als CDU/CSU und FDP schon längst miteinander koalitierten.

Mit Gerhart Baum hatte sich „Jürgen W. Pöbelmann“ („Bild“) eine Symbolfigur vieler liberaler Stammwähler ausgesucht. Baum steht für einen Bürgerstaat, der sich in seinen Anstrengungen auf den Feldern Sicherheit und Verteidigung zu mäßigen hat. Als Innenminister suchte Baum öffentlich das Gespräch mit dem Ex-Terroristen Horst Mahler.

„Möller muss sich endlich zurückhalten“, griff Lambsdorff den Parteivize an. FDP-Chef Westerwelle versuchte telefonisch, die Düpierten zu beruhigen. Er freute sich, erklärte er öffentlich, „auch in Zukunft auf das engagierte Gespräch mit verdienten Mitgliedern der FDP aller Altersgruppen“. Seine Generalsekretärin Cornelia Pieper forderte Möller auf, sich erneut zu entschuldigen.

Möller steht nach den jüngsten Querelen unter bisher nicht gekanntem

Druck. Zwar bleibt das von ihm ersonnene „Projekt 18“ unverrückbar Kernstück der Wahlkampfstrategie der Liberalen. Doch selbst in seiner Heimat Nordrhein-Westfalen bröckelt der Rückhalt. Landesvize Andreas Pinkwart wirft seinem Chef „schlechten Stil“ vor. Eine Gruppe von Handwerkern, die Möller eingeladen hatten, über Solingen mit dem Fallschirm abzuspringen, sagten den Termin aus „Gründen der politischen Neutralität“ ab.

Doch obwohl die größte Krise der FDP seit dem Bruch der sozialliberalen Koalition 1982 damit noch immer nicht beendet ist – vorerst wollen Möller und Westerwelle weitermachen wie bisher. Bereits an diesem Montag werden die beiden den Vorstand erneut auf ihre Krawallstrategie einschwören, die aus der einstigen Bürgerrechtspartei ein Sammelbecken von Protestwählern und Verdrossenen jeglicher Couleur zu machen gedenkt.

„Uns ist jeder willkommen, der bei uns seinen Frust in konstruktives politisches Verhalten umsetzen will“, verkündete Westerwelle mit schneidender Stimme am Ende einer turbulenten Woche.

Die FDP, ehemals eine Gesinnungsgemeinschaft, die auf der Idee des politischen Liberalismus basierte, soll eine neudeutsche Spaß- und Protestpartei werden, deren Protagonisten sich auf Marketing und Wählermaximierung verstehen. Zurückhaltung ist beim Vorsitzenden selbst nach Tagen, an denen die Liberalen hart am Crash vorbeischrammten, nicht gefragt. Über Selbstkritik, sagt er lapidar, denke er „später nach“. Die FDP richte den Blick nach vorn – „gemeinsam mit Jürgen Möller“.

Frische Munition liefert dem ungleichen Duo dabei ein beim Umfrageinstitut Infratest dimap in Auftrag gegebene „Potenzialanalyse“, die Westerwelle dem Präsidium und dem Bundesvorstand am heutigen Montag präsentieren will. Demnach könne die FDP ihr selbst gestecktes Ziel von 18 Prozent der Wählerstimmen nur dann erreichen, wenn sie Themen nicht auf der „kognitiven Ebene“ besetze, sondern auf der „emotionalen“ Schiene.

„Um das uns fehlende Drittel anzusprechen“, analysiert ein Berater des Parteichefs kühl, „dürfen wir nicht auf den Kopf, sondern müssen auf den Bauch der Menschen zielen.“

Die dimap-Expertise bestätigt die Strategen deshalb bei ihrem Kurs nach dem Motto „Auffallen um jeden Preis“. Wie bislang schon wollen die Liberalen mit dem Bruch von Regeln für Aufmerksamkeit sorgen. „Tabuwächter“, so Westerwelle unbeirrt, „können mir gestohlen bleiben.“

Zwar sträubte er sich gegen den von seinem Vize auf die Spitze getriebenen Antisemitismus-Streit – doch das sehen etliche seiner Freunde in der FDP ganz anders. An der Basis und im Mittelbau der Partei wurde nicht nur heimlich gejubelt: Die Möllermänner sitzen überall.

Bereits in der vorvergangenen Woche hatte Schleswig-Holsteins FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki einen Brief an die Mitglieder des Bundesvorstands der Partei geschickt. „Was wir im Moment erleben, ist die direkte und konsequente Folge des Projektes 18“, erkannte der Möllermann-Vertraute und gab Durchhalteparolen aus: „Wir haben mit dem Projekt 18 in der Parteienlandschaft Wind gesät, nun dürfen wir uns über den Sturm nicht wundern.“

Vielen Normalos unter den Liberalen ist der Wirbel nicht ganz unrecht. Wann immer der umtriebige Parteivize bei FDP-Veranstaltungen und an Stammtischen in der Provinz aufkreuzt, klopfen ihm die Seinen anerkennend auf die Schulter. „Wir haben Verständnis für seine emotionale Reaktion auf den Antisemitismus-Vorwurf“, ermuntert ihn etwa Brandenburgs FDP-Landeschef Jürgen Türk, nebenbei „Sprecher für die neuen Länder“ in der Bundestagsfraktion.

Auch der sächsische Landesvorsitzende Holger Zastrow hält die Kritik an dem Vi-

Eklat mit Folgen

„Wie haben sich nach dem Streit zwischen Westerwelle und Möller die Chancen der FDP, bei der Bundestagswahl das selbst gesteckte Ziel von 18 Prozent der Wählerstimmen zu erreichen, entwickelt?“

gesunken

50

gleich geblieben

38

9

gestiegen

an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

Sonntagsfrage

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“

38

35

NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 4. bis 6. Juni; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent

10

8

6

CDU/CSU

SPD

FDP

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

PDS

DER SPIEGEL

zepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, für berechtigt. Möller habe „keinen Grund, sich bei ihm zu entschuldigen“. Und Hermann Stützer, ehemaliger Chef der Bayern-FDP, findet, dass nicht der Spezi aus NRW, sondern Friedman und Zentralratspräsident Paul Spiegel den Bogen überspannten: „Es ist erlaubt, ihnen vorzuhaltend, sie maßten sich zu viel Einfluss auf die deutsche Politik an.“

Während sich Vorstandsmitglieder der Bundes-FDP am Ende öffentlich gegen Möllermanns Tiraden wandten, kommt der Tabubruch bei der Basis deutlich besser an. Der FDP-Ortsverband im Düsseldorfer Nobelstadteil Niederkassel, der sich am vergangenen Donnerstag zum Umtrunk beim Tennisclub Grün-Weiß einfand, nahm an den antijüdischen Ausfällen zwar Anstoß. Aber nach dem Empfinden der Vorsitzenden Monika Lehmhaus traf Möller („ist chaotisch, aber genial“) bei seinem Streit mit Friedman („ist degoutant und seine Talkshow unerträglich“) durchaus den Nerv der Zeit: „Das musste mal gesagt werden – 50 Jahre nach dem Krieg.“

Derart gestärkt, markiert Möller nun den Unbeugsamen. 35 000 Zuschriften hätten ihn in den vergangenen Wochen



MARTIN MEISSNER / AP (L); ANDREAS SCHÖTZEL (R)

erreicht, verkündet er stolz. Der ganz überwiegende Teil habe ihn ermutigt, seinen kritischen Kurs fortzusetzen.

Kein Wunder, dass der Schulmeister sich auch weiterhin für nahezu unbesiegbar hält. Wortkarg und so gut wie tatenlos hatte Guido Westerwelle wochenlang dem Treiben seines Stellvertreters zugehört, anstatt die Konfrontation zu suchen und seinen Führungsanspruch deutlich zu machen. Lediglich hinter vorgehaltener Hand kritisierte er den Kollegen dafür, den von den Grünen abgesprungenen Jamal Karsli in die Düsseldorfer Landtagsfraktion aufgenommen zu haben, obwohl

dieser der israelischen Armee „Nazi-Methoden“ unterstellt und von einer „zionistischen Lobby“ schwadroniert hatte.

Und auch über Möllemanns Angriff auf das Zentralratsmitglied Friedman, der „mit seiner intoleranten, gehässigen Art“ dem Antisemitismus Vorschub leiste, sah



DER TAGESSPIEGEL

der Parteivorsitzende war mit leichter Magenverstimmung gerade von seiner Nahost-Reise zurückgekehrt – bekniete er Möllemann, den Streit mit Friedman endlich zu entschärfen: „Meinetwegen gehen Sie anschließend aufs Klo und kotzen sich aus, aber sagen Sie Entschuldigung.“

Doch der unbelehrbare Troubleshooter weigerte sich. Er werde vor Friedman „nicht kriechen“, beschied er bündig und warnte die FDP-Spitzen, selbst seinen Ziehvater Hans-Dietrich Genscher, ihn öffentlich unter Druck zu setzen. „Andernfalls verlasse ich diesen Raum als freier Demokrat – mit großem oder kleinem F.“

Westerwelle lange Zeit hinweg. Dem Vize habe es deshalb „ziemlich egal sein können, wer unter ihm Chef ist“, höhnt ein FDP-Vorstandsmitglied.

In Bücklingshaltung versuchte dieser Chef vergebens, seinen Stellvertreter zu mäzigen. Am vorvergangenen Freitag –

Auch am vergangenen Montag musste Westerwelle kuschen. Vormittags hatte er sich im Präsidium in Berlin noch Rückenbedeckung für die Forderung geben lassen, Möllemann müsse Karsli wegen dessen antiisraelischer Hetze aus der Fraktion werfen. Doch im 600 Kilometer entfern-

Schlag ins Wasser?

Deutsche Muslime distanzieren sich von Jürgen Möllemann.



WERNER SCHÜERING

Grüner Özdemir Rufe verhallt

Die Taktik sah plausibel aus: 800 000 wahlberechtigte Muslime gebe es in Deutschland, glaubte FDP-Zampano Jürgen W. Möllemann.

Wer Israel scharf attackiert und sich mit Deutschlands Juden anlegt, könnte, so das Kalkül, bei den Muslimen punkten, die zudem vom syrischstämmigen NRW-Abgeordneten Jamal Karsli vielleicht gar für die Liberalen zu begeistern wären.

Doch jetzt musste Möllemann nicht nur im Streit mit FDP-Chef Guido Westerwelle klein begeben – auch seine Wahlkampfstrategie dürfte ein Schlag ins Wasser sein: Nicht 800 000 angeblich wahlberechtigte Muslime gebe es, so das Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland, sondern nur halb so viele.

Und ausgerechnet die mit weitem Abstand größte Gruppe unter den eingebürgerten Muslimen, die aus der Türkei stammenden Deutschen, dürfte der Ruf des Polit-Muezzins Möllemann kaum erreichen. Denn Israel und die Türkei

haben ein gutes Verhältnis zueinander: Immer wieder empören sich arabische Staaten über gemeinsame Militärmanöver der beiden Nationen.

Auch mit den deutschen Juden, sagt der Direktor des Zentrums für Türkei-Studien an der Universität Essen, Faruk Şen, gebe es eine tiefe Verbundenheit. „Viele Türken haben nicht vergessen, dass sich Ignatz Bubis nach den Anschlägen von Mölln und Solingen sofort an ihre Seite stellte“, so der Grünen-Abgeordnete Cem Özdemir.

Folgerichtig forderte vergangenes Mittwoch der Türkische Bund Berlin-Brandenburg seine Mitglieder sogar auf, gemeinsam mit der Jüdischen Gemein-

de vor der Berliner FDP-Zentrale gegen das Spielen mit dem Antisemitismus zu demonstrieren. Der Vizevorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, bekundete denn auch, er halte es für „eine Beleidigung anzunehmen, Muslime seien mit antisemitischen Tönen zu locken“.

Kräftige Zustimmung erfuhr Möllemann zwar bei radikalen Muslimen aus dem arabischen Raum. Doch viele von denen haben keinen deutschen Pass, sind nicht wahlberechtigt.

Richtig ist aber, dass sich auch die gemäßigten Muslime so recht von keiner Partei vertreten fühlen: „Es findet kaum Dialog statt“, klagt das deutsch-türkische Vorstandsmitglied der FDP, Mehmet Daimagüler. Egal ob es um Islamunterricht ging, um das Schächten von Tieren oder das Tragen von Kopftüchern in Schulen: Stets urteilten erst Gerichte, bevor Politiker solche Fragen debattieren wollten.

Schon im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf im Jahr 2000 zielte die FDP mit „Ethno-Terminen“ (Strategen-Jargon) auf die Muslime; im Berliner Ortsteil Kreuzberg plaktierte die Partei bisweilen gar auf Türkisch. „Die Idee“ findet Daimagüler „richtig – nur Karsli war die falsche Person“.

DOMINIK CZIESCHE, BARBARA SCHMID

Betende Muslime (in Nürnberg): „Nicht zu locken“



FALK HELLER / ARGUM

ten Düsseldorf verließ ihn bei der Sondersitzung des NRW-Landesvorstandes spätabends der Mut. Statt das Streben nach Karlsruh Abschluss mit einer Machtfrage zu verbinden, blieb er letztlich unentschieden.

Erst am vergangenen Mittwoch wagte sich der inzwischen schwer ramponierte liberale Aufsteiger voll aus der Deckung. Alarmiert durch eine vernichtende Presse-schau und bedrängt von zahlreichen Parteifreunden wie dem baden-württembergischen Kollegen Walter Döring, Fraktionschef Wolfgang Gerhardt sowie den Ehrenvorsitzenden Genscher und Lambsdorff, forderte er ultimativ den Ausschluss Karlsruh. Andernfalls sei es ihm nicht mehr möglich, mit Möllemann weiterhin vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Das Image des FDP-Parteivorsitzenden, der sich Hoffnungen auf ein Regierungsamt nach der kommenden Bundestagswahl macht, ist schwer beschädigt. Viele Spitzenfunktionäre treibt die Sorge um, dass der zögerliche Kurs Westerwelles die Ausgangslage für die Wahl spürbar verschlechtert hat.

Auch in der Union geht die Furcht um, eine sich selbst zerfleischende FDP könne die Sieghancen eines christliberalen Bündnisses unter dem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber schmälern. „Es ist zu befürchten, dass so schnell keine Ruhe einkehrt“, klagt ein Mitglied des Teams 40 plus.

Vor allem den Schlingerkurs Westerwelles verfolgte die Union mit wachsender Befremdung. Die Schuhe eines Kanzlerkandidaten seien für den jungen Herrn eben doch sehr groß, stichelte CSU-Generalsekretär Thomas Goppel. Dass ein schwacher Parteiboss keinen hinreichend soliden Partner abgibt, gehört in der Politik zu den gängigen Erkenntnissen. „Es kann für uns nicht gut sein, wenn die Autorität des FDP-Chefs so stark beschädigt wird“, sagt ein CDU-Präside.

Die Wahlstrategen in der Unionszentrale haben darüber hinaus Angst, für die Provokationen der Möllemann-FDP in Mit-haftung genommen zu werden. Die Attraktivität einer christlich-liberalen Koalition, so die interne Bestandsaufnahme, könne durch die Eskapaden des unberechenbaren FDP-Vizes erheblich sinken. Viele Stammwähler der FDP könnten nun, nach den Angriffen auf den Traditionsflügel der Partei, in Richtung SPD wechseln. Die Umfragen vom vergangenen Freitag deuten bereits einen kleinen Umschwung hin zu Rot-Grün an.

Westerwelle muss – wieder mal – für Ruhe sorgen. Er forderte am vergangenen Freitag – wieder mal – ein „Ende der Debatte“. Möllemann zeigte sich bis zum Wochenende unbeeindruckt – wieder mal.

ALEXANDER NEUBACHER,
RALF NEUKIRCH, CONNY NEUMANN,
BARBARA SCHMID, STEFFEN WINTER

UMFRAGE

Abschied vom Klischee?

Heizen der Streit in der FDP und die Aufregung um das neue Walser-Buch den Antisemitismus an? Meinungsforscher signalisieren Entwarnung.

Nazi-Methoden“ warf der verhin-derte nordrhein-westfälische FDP-Landtagsabgeordnete Jamal Karlsruh den Israelis im Umgang mit den Palästiniensern vor, und viele waren empört.

Schließlich haben die Nationalsozialisten sechs Millionen Juden ermordet. Jedes Kind in Deutschland lernt das in der Schule. Dennoch sagen 25 Prozent der Bundesbürger, in dem blutigen Konflikt mit den Palästiniensern mache Israel „im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“ – und schließen sich damit Karlsruh Meinung an.

Das ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage von NFO Infratest im Auftrag des SPIEGEL. Unter den 18- bis 29-Jährigen

sehen danach sogar 35 Prozent eine Analogie zwischen israelischem Vorgehen und Nazi-Völkermord.

Ein Indiz für erstarkten Antisemitismus in Deutschland? Werner Bergmann, Professor am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung, glaubt das nicht. Der hohe Wert sei wohl vor allem auf die „sehr aufgeheizte Situation in Nahost und die dramatischen Fernsehbilder zurückzuführen“, die manche dazu brächten, dem völlig unpassenden Vergleich zuzustimmen. „Das ist wohl eher ein Mitleidseffekt als Antisemitismus“, sagt Bergmann. Da werde nach besonders drastischen Worten gesucht.

Die Resultate der Umfrage von NFO Infratest geben dem Berliner Hochschullehrer Recht. Gerade die Jungen, die Israel besonders deutlich kritisieren, zeigen sich für antisemitische Einstellungen weniger anfällig. Wie sich überhaupt die Befürchtung als unbegründet erweist, der FDP-Politiker Jürgen Möllemann könnte mit seinen Ausfällen gegen den Zentralrat der Juden in Deutschland dem Antisemitismus Auftrieb gegeben haben. Die Tendenz ist seit Jahren eher gegenläufig: Im Vergleich zu Umfragen aus den Neunzigern hat die Zustimmung zu antijüdischen Klischees spürbar abgenommen.

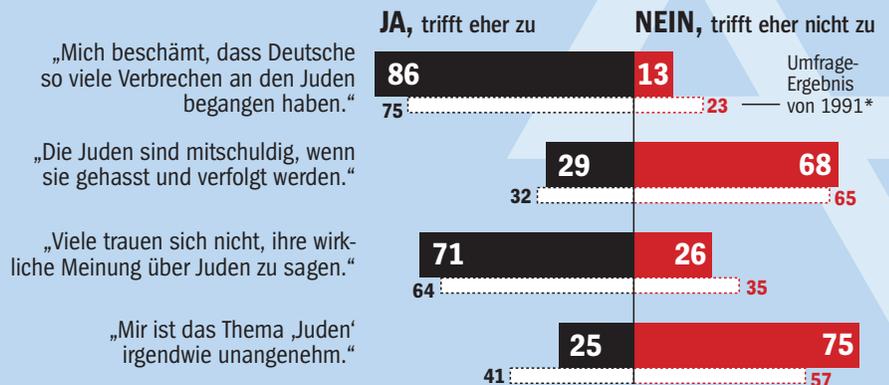
Ob etwa der Nachbar jüdischen Glaubens ist oder nicht, ist danach den aller-

Das Verhältnis zu den Juden

„Hat das deutsche Volk eine besondere Verantwortung gegenüber den Juden?“



„Treffen folgende Aussagen zu?“



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 4. bis 6. Juni 2002; 1000 Befragte

* Emnid-Umfrage vom 30. November bis 17. Dezember 1991; 2822 Befragte

Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe